

Rede zum Haushaltsentwurf 2013 der Stadt Bad Oeynhausen, Ratssitzung am 12.12.2012

**Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren
Ratskolleginnen und –kollegen, sehr geehrte Bürgerinnen und
Bürger,**

vor wenigen Wochen hat Kämmerer Marco Kindler den Haushaltsentwurf 2013 hier im Rat vorgestellt...

... und endete mit der Feststellung, „der Haushalt 2013 ist keine Selbstverständlichkeit, wir werden uns in den kommenden Wochen damit auseinander setzen müssen“.

Genau das hat die SPD-Fraktion einen ganzen samstäglichen Arbeitstag lang in ihrer Haushalts-Klausur zusammen mit den Fachbereichs- und Stabbereichsleitern getan – alle Einzelpläne, das Haushaltssicherungskonzept und der Stellenplan wurden im Detail besprochen und geprüft.

Um das Ergebnis vorweg zu nehmen:

Ersten ist der Haushaltsentwurf 2013 die logische Fortschreibung der beschlossenen Haushaltssatzung 2012.

Zweitens ist der Haushalt nicht so schlecht, wie im Entwurf vorgestellt. Tatsache ist, schon die Planzahlen der letzten Entwürfe weichen erheblich von den Ist-Zahlen der realen Jahresergebnisse ab. Könnten wir die wirklichen Zahlen schon dem Haushaltsentwurf

zugrunde legen, wären wir in der Vergangenheit nie im Nothaushalt gewesen.

Um nur einige Beispiele zu nennen: A) Wir haben eine Liquiditätsreserve von gut 7 Mio. Euro, insofern ist Licht am Horizont zu erkennen. B) Die Gewerbesteuer entwickelt sich weiterhin positiv. C) Die Steuerkraft der Stadt ist gestiegen. D) Zudem bauen wir kontinuierlich die städtischen Schulden ab und sparen teure Kreditzinsen.

Allerdings haben wir mit folgenden Kostensteigerungen zu kämpfen: A) steigende Personalkosten der Stadt; B) steigende Millionenbeträge, die wir als Umlage an den Kreis zahlen sollen, obwohl die dortigen Liquiditätsreserven noch nicht verbraucht sind und C) sinkende Schlüsselzuweisungen des Landes, die allerdings auf steigende Steuereinnahmen der Stadt hinweisen.

Wir haben mit 3,5 Mio. Euro nahezu alle vorhandenen Sparpotentiale auf den Weg gebracht. Im Bereich der „Freiwilligen Leistungen“ (Leistungsvolumen 4,5 Mio. Euro von gesamt 100 Mio. Euro) steht die Ampel nun deutlich auf ROT. Mehr geht nicht.

Im Infrastrukturbereich erreichen wir in Teilbereichen einen Zustand, den wir eigentlich nur aus Zeiten der früheren DDR kannten. Hier wird bei uns in Zukunft großer Handlungsbedarf entstehen.

Jüngstes Beispiel sind die Verkrustungen der Soleleitungen des Humboldtsprudels, weitere Probleme sind zukünftig beim Jordansprudel und im Ringkanal zu erwarten. Wartung und Instandsetzung wurden in den letzten Jahren vernachlässigt.

Auch den Zustand unserer Gemeindestraßen brauche ich nicht näher zu beschreiben, da kann sich jeder Bürger selbst ein Bild von machen.

Die Abschreibungen in diesem Bereich überschreiten deutlich die Summe der Investitionen. Sehenden Auges verfällt unser städtisches Vermögen – und das Tag für Tag. Diese Entwicklung geht auf Dauer nicht gut.

Meine Damen und Herren Ratskollegen,

Spartabus sieht die SPD deutlich im Bildungs-, Familien- und Sozialbereich, hier hat die SPD in ihrer HH-Klausur ihre angekündigten und aus sozialdemokratischer Sicht wichtigen Änderungsvorschläge eingebracht – trotz und gerade auch wegen des engen Handlungsspielraums jedoch im begrenzten Maße:

100.000 Euro für die Qualitätssteigerung im Offenen Ganztage der Grundschulen – ein Erfolgsmodell, das allerdings räumlich und personell aus allen Nähten platzt.

24.000 Euro für das Sozialarbeitsprojekt „Grenzenlos“, dies wurde von uns bereits in den JHA eingebracht und dort dankenswerterweise von der Ausschussmehrheit beschlossen.

Und eine weitere überschaubare Summe für den Erhalt der Hofwassermühle am jetzigen Standort im Siekertal, um das Ensemble Museumshof nicht zu gefährden.

Die in der SPD-Haushaltsklausur beschlossene Summe für die Instandsetzung der Stützmauer an der Straße Klosterbrink, wurde mittlerweile seitens der Verwaltung aufgenommen und eingebracht.

Diese Vorschläge der SPD orientieren sich deutlich an die Bereitschaft für gelebtes bürgerschaftliches Engagement: nämlich das Engagement, die bisherigen Sparvorschläge zur Haushaltskonsolidierung sinnvoll zu

ergänzen und zu korrigieren. Übrigens ein elementarer Baustein beispielsweise zur Aufstellung von Bürgerhaushalten.

Damit meine ich nicht nur den Einsatz und die Kraft vieler Bürgerinnen und Bürger, sich für den Erhalt des Standorts der Hofwassermühle einzusetzen ...

... sondern weit darüber hinaus auch die Bereitschaft aus der Unternehmerschaft, sich dort aus Heimatverbundenheit finanziell zu engagieren, so dass wir die benötigten Finanzmittel zur nachhaltigen Instandsetzung durch Sponsoringmittel, also Drittmittel, deutlich reduzieren können.

Ich erinnere auch an den erheblichen zeitlichen Einsatz der Stadtelternschaft der Grundschulen, die in vielen Gesprächen und Telefonaten sowie einigen Sitzungen unermüdlich für die Interessen ihrer Kinder im Offenen Ganztage der Grundschulen geworben haben. Auch dies ist ein Beispiel bürgerschaftlichen Engagements. Und die von uns beantragten Gelder kommen dem Wohl aller Kinder im OGS zugute.

Deshalb gilt gerade in der Kommunalpolitik: wer vom Bürger gewählt ist, muss sich auch für die Interessen, Sorgen und Nöte der Bürgerinnen und Bürger einsetzen ... in der Tagespolitik ebenso wie bei den Grundsatzfragen der Haushaltspolitik.

Das gilt für uns – das gilt auch für den Bürgermeister.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

Als verantwortungsvolle Partei wird die SPD das Ziel des Haushaltsausgleichs bis 2016, besser noch 2015, weiter verfolgen, auch

wenn die SPD-Fraktion nicht immer die Vorstellung der Verwaltung über das „Wie“ teilt. (darauf komme ich gleich an anderer Stelle noch deutlicher zu sprechen).

Schon im letzten Jahr habe ich ausgeführt, dass es mit der SPD keinen Kahlschlag geben wird und in Bad Oeynhausen „nicht die Lichter ausgehen werden“. Ich denke, das hat die SPD auch gehalten und wird sich auch weiter daran messen lassen.

Das HSK-Volumen ist ausgereizt. Mehr geht nicht, sonst betreiben wir Raubbau: Raubbau an der Kultur, der Bildung, im Sozialbereich und vor allem im weiteren Infrastrukturbereich. Wer hier anderer Meinung ist, der soll dies auch deutlich sagen: und zwar nicht mit Allgemeinplätzen oder der stetigen Wiederholung von Prüfaufträgen, die wir bereits beschlossen haben.

Ich möchte ganz bewusst eines deutlich klar stellen: Konsolidieren bedeutet nicht „das Zusammenstreichen von Leistungen“, wie es fälschlich oft angenommen wird, sondern es bedeutet „die Verfestigung der Finanzen in ihrem Bestand“. Das ist ein wertvoller und qualitativer Unterschied. Und hier darf nicht unterschieden werden zwischen Bürgern 1. Klasse und Bürgern 2. Klasse.

Das heißt nicht, dass wir nicht auch teilweise schmerzhaft und unter den Bürgern dieser Stadt heiß diskutierte Anpassungen vornehmen mussten oder über bereits beschlossene Tatsachen neu nachdenken mussten. Diese Vorgaben wurden uns ja von der Kommunalaufsicht des Kreises schriftlich vorgegeben – daran führte auch für uns kein Weg vorbei.

Ich erinnere an die erheblichen Sparbeschlüsse des letzten Jahres, konkret auch an die Turnhallenschließung in Rehme. Dazu sage ich

ganz deutlich: das war ein Fehler. Wir haben den Aussagen der Verwaltung Anfang 2012 geglaubt, allen Nutzern und Vereinen können Alternativen angeboten werden. Heute bzw. seit Sommer 2012 wissen wir: Dies trifft nicht auf alle Nutzergruppen zu. Einige haben immer noch keine langfristigen Raumangebote.

Daher wollten wir die Entscheidung korrigieren und mit wenig Geld, haushaltsneutral und in Kooperation mit der SGH den Weiterbetrieb der Rehmer Turnhalle für die betroffenen Nutzergruppen fortführen. Hierzu hatte die SPD einen Beschlussantrag im Hauptausschuss eingebracht.

Leider mussten wir feststellen: wir konnten uns nicht durchsetzen. Eine Ausschussmehrheit der anderen im Rat vertretenen Fraktionen wollte dies eindeutig nicht – das ist umso ärgerlicher, da jetzt einige Vertreter der Fraktionen, die unseren Vorschlag abgelehnt haben, durch Rehme laufen und dort behaupten: „Sorry, die SPD hätte dies doch damals beschlossen, nicht wir“. Da sage ich nur: Gegen Einsicht erweckt der Anschein der Falschheit den übleren Ton.

Ich komme abschließend auf einen Punkt zu sprechen, den ich bereits angedeutet habe: Die Empfindungen, das Benehmen und das Handeln der Verwaltung und des Bürgermeisters, wenn es um die Umsetzung von mehrheitlich getroffenen Ausschuss- und Ratsbeschlüssen geht.

Gemäß § 62 der GO NRW führt der Bürgermeister die Beschlüsse des Rates und der Ausschüsse durch. Da gibt es kein Wenn und Aber. Der Bürgermeister hat sogar die „Pflicht“, dies zu tun. Und: hier gilt der Gleichbehandlungsgrundsatz!

Schauen wir uns jetzt einmal an, wie die Verwaltung mit den getroffenen Beschlüssen zur „Qualitätssteigerung im Offenen Ganztag“ oder zur „Standortsicherung Hofwassermühle“ umgegangen ist, so steht für die SPD-Fraktion fest: hier wurde der Gleichbehandlungsgrundsatz bewusst ignoriert.

Da wurde zum Beispiel ein Antrag bereits als erledigt betrachtet, da werden Zuständigkeiten neu diskutiert, da werden Kosten und Unzulänglichkeiten in der Tiefe und im Umfang ermittelt, wie sonst nie dagewesen (mal abgesehen davon, dass sie dann auch nicht umfänglich zutreffen), so dass die Vermutung aufkommt, hier sollen Beschlüsse nicht objektiv und gleichberechtigt umgesetzt werden, sondern bewusst torpediert werden, weil sie eben „nicht die Meinung der Verwaltung wiedergeben“.

Das kann nicht sein – das darf auch nicht sein! Das verbietet die GO NRW.

Hierauf wird die SPD-Fraktion zukünftig verstärkt achten und zudem grundsätzlich jeden Verwaltungsvorschlag vorab kritisch einer Gegenprüfung unterziehen. An dieser Stelle ist für die SPD in den letzten Monaten viel Vertrauensvorschuss zur Verwaltung durch das eigene Verwaltungshandeln verspielt worden: das Kind ist an dieser Stelle für uns in den Brunnen gefallen.

Ich hoffe allerdings, dieser Zustand bleibt nicht dauerhaft. Allerdings zeigt diese Entwicklung auf einen zwingenden Bedarf hin, der bei all den teilweise populistischen Sparvorschlägen in den Hintergrund getreten ist.

Ich habe diesen Bedarf bereits an anderer Stelle an einem anderen Ort kurz erwähnt – er gehört aber genauso gut hier im Rat zur Rede: es geht um die normative Stellung zwischen Rat und Verwaltung:

Ratsarbeit ist wie wir wissen Ehrenamt – neben der Lohnarbeit und nach der Lohnarbeit. Das verlangt nach hohem Engagement in zeitlicher Hinsicht, denn in jedes Sachthema müssen sich Ratsvertreterinnen und -vertreter zuerst einarbeiten.

Gleichzeitig werden Gesetze komplexer und vielfältiger, beispielsweise müssen kommunale Entscheidungen auch EU-Urteile berücksichtigen.

Diese Fülle und noch viel mehr müssen Ratsvertreter wissen und auch verstehen, um Sachverhalte beurteilen zu können.

Verwaltungen haben hierfür Mitarbeiter/innen oder geben für Bewertungen Gutachten und Stellungnahmen in Auftrag. Auch unsere Verwaltung in Bad Oeynhausen.

Und Fraktionen? Eigentlich müssten sie ebenfalls vermehrt Gutachter beauftragen, Stellungnahmen einfordern, an Fortbildungen teilnehmen oder Experten einladen.

Denn der Rat soll, ja er muss die Verwaltung schließlich kontrollieren.

Doch wie sieht die Realität aus? Fraktionszuwendungen werden gekürzt und Mittel knapp - in Zeiten leerer Kassen kommen solche – aus Sicht der SPD-Fraktion – populistischen Vorschläge immer gut an – aber was ist die Konsequenz: mangelnde Kontrolle der Verwaltung.

Sehr geehrte Ratskolleginnen und –kollegen,

an dieser Stelle würde ich mir ein Umdenken erwünschen – ein Umdenken deshalb, damit der Rat und damit die Ratsvertreter ihrem Auftrag in umfassender Form nachkommen können: dieser lautet (§ 40 GO NRW):

„Die Verwaltung der Gemeinde wird ausschließlich durch den Willen der Bürgerschaft bestimmt. Die Bürgerschaft wird durch den Rat und den Bürgermeister vertreten.“

Weiter steht in § 55 GO NRW: „Der Rat überwacht die Durchführung seiner Beschlüsse.“

Damit der Rat daher nicht zum Erfüllungsgehilfen der Verwaltung wird, sondern seiner Kontrollaufgabe nachkommen kann, müssen die Ratsmitglieder umfassend in der Lage sein, sich zu informieren und hierzu gehören ganz einfach auch finanzielle Ressourcen und Möglichkeiten, allumfassend zu einem Sachthema Einsicht in Unterlagen zu nehmen – ich erinnere nur an das aktuelle Urteil des Verwaltungsgerichts Minden zu einem Rechtsstreit in der Gemeinde Hille.

Es darf nicht unwidersprochen bleiben, dass verwaltungsseitig Gutachterkosten steigen (und sie steigen) und gleichzeitig Fraktionszuwendungen gekürzt werden. Dies gefährdet mittelfristig ein Zusammenwirken von Rat und Verwaltung auf Augenhöhe.

Die Kontrolle der Verwaltung und die Überwachung der Beschlussdurchführung: dies erwarten Bürgerinnen und Bürger, die uns alle gewählt haben, zu Recht – dies ist die rechtliche Pflicht des Rates.

Hierzu gehören auskömmliche Rahmenbedingungen !!

So – so viel von mir an mahnenden Worten, dass Sparen – nicht das Konsolidieren, den Unterschied habe ich eben hervorgehoben – auch die

Gefährdung von gemeindeordnungsrechtlichen Pflichten zur Folge haben kann.

Meine Damen und Herren,

die SPD-Fraktion stimmt dem vorgelegten Haushaltsentwurf 2013 mit den von uns eingebrachten Änderungsvorschlägen zu und verbindet damit die Erwartung, dass das verlorene gegangene Vertrauen in Verwaltungshandeln durch vertrauensbildende Maßnahmen erneuert wird, denn einmal gelegte Eier können nun mal nicht mehr in den Hintern des Huhns zurück geschoben werden.

Vielen Dank!